Bezugspreis: Monatlich in Neuenbürg ℳ 1.50. Durch die Post im Orts- und Oberamtsverkehr, sowie im sonst. inl. Verk. ℳ 1.86 m. Postbestellgeb. Preise freibl. Preis einer Nummer 10 ₰.
In Fällen höh. Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung od. auf Rückerstattung des Bezugspreises.
Bestellungen nehmen alle Poststellen, sowie Agenturen u. Austrägerinnen jederzeit entgegen.
Fernsprecher Nr. 4.
Giro-Konto Nr. 24 O.A.-Sparkasse Neuenbürg.

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.
Druck und Verlag der C. Meeh'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom). Für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 25 ₰, Reklame-Zeile 80 ₰. Kollektiv-Anzeigen 100 Proz. Zuschlag. Offerte und Auskunfterteilung 20 ₰. Bei größeren Aufträgen Rabatt, der im Falle des Mahnverfahrens hinfällig wird, ebenso wenn Zahlung nicht innerhalb 8 Tagen nach Rechnungsdatum erfolgt. Bei Tarifänderungen treten sofort alle früh. Vereinbarungen außer Kraft.
Gerichtsstand für beide Teile: Neuenbürg.
Für tel. Aufträ. wird keine Gewähr übernommen.

№ 247. | Dienstag den 22. Oktober 1929. | 87. Jahrgang.

Deutschland.

Vertreterversammlung des Württ. Beamtenbundes. — Die Zukunft des Berufsbeamtentums. — Der Beamtenbund gegen das Volksbegehren.

Stuttgart, 20. Okt. Im Rahmen seiner Vertreterversammlung veranstaltete der Württ. Beamtenbund am Sonntag vormittag im großen Saal des Gustav Siegle-Hauses eine öffentliche Kundgebung. Die Versammlung wurde von dem Vorsitzenden des Württ. Beamtenbundes, Rektor Kegel, geleitet, der außer einem großen Teil der hiesigen Beamtenschaft die Vertreter der württembergischen Beamtenschaft und eine große Anzahl von Gästen, Vertreter der Regierung, des Landtags, der Presse, der öffentlich-rechtlichen Berufsvertretungen und der befreundeten Verbände, begrüßen durfte. Der Direktor des Württ. Beamtenbundes, Brodhag, erstattete den Geschäftsbericht, in dem er das enge Verbundensein der Beamtenschaft mit Volk und Staat unter Hinweis auf die allgemeine Wirtschaftslage in Deutschland betonte. Mit Rücksicht hierauf habe sich die Beamtenschaft Zurückhaltung auferlegt, obwohl sie mit wesentlichen Teilen der Besoldungsregelung vom Jahr 1927 nicht einverstanden sei. Wenn gewisse Kreise nach Beamtenabbau rufen, so verwechseln sie die Person mit der Sache, denn es müsse ein Abbau der Aufgabengebiete verlangt werden. In Württemberg sind die Anstellungs- und Beförderungsverhältnisse besonders schlecht, da Württemberg das Land sei, das im Verhältnis zu der Gesamtzahl der in der Verwaltung tätigen Personen die geringste Zahl der planmäßigen Beamten aufweise (in Württemberg 68 Prozent, in der Justizverwaltung sogar nur 64,3 Prozent, im Reich 76 Prozent, bei den Hoheitsverwaltungen der Länder im Durchschnitt 81 Prozent). Das Hauptaugenmerk der Tätigkeit war dem Ausbau und der Sicherung der rechtlichen Stellung der Beamtenschaft gewidmet. Dabei wurde die Schaffung eines Reichsbeamtengesetzes gemäß der Reichsverfassung gefordert. Die Rechtsverschlechterungen der letzten Jahre haben nicht dazu beigetragen, die Beamtenschaft zu beruhigen. Zum Ausbau- und Tätigkeitsgebiet des Württ. Beamtenbundes wurde mitgeteilt, daß der Bund nahezu die gesamte württ. Beamtenschaft des Reiches, des Landes und der Gemeinden mit einer Gesamtmitgliederzahl von 62 509 Beamten umfaßt. Solange die politischen Parteien an den vom Deutschen Beamtenbund vertretenen Grundsätzen des öffentlich-rechtlichen Berufsbeamtentums festhalten und solange eine der Zahl und der Bedeutung der Beamtenschaft entsprechende Einflußmöglichkeit innerhalb der politischen Parteien gewährt werde, bestehe für die Beamtenschaft kein Anlaß zu eigener Parteigründung. Sodann hielt Bundessekretär Lenz vom Deutschen Beamtenbund einen Vortrag über die Zukunft des Berufsbeamtentums. Er führte aus, daß weite Volksschichten der Auffassung sind, daß die Beamten sich in völlig gesicherter oder gar bevorzugter wirtschaftlicher und rechtlicher Stellung im Staate befinden und daß dieses Verhältnis geändert werden müsse. Dann sei auch der Eindruck vorhanden, als ob gewisse Kreise der Beamten nur von 8—4 Uhr ihrem Beamteneid entsprechend handelten, im übrigen aber den Volksstaat bekämpften. Auch die wirtschaftlichen Selbsthilfebestrebungen der Beamten finden in weiten Kreisen der Bevölkerung entschiedenen Widerstand. Besonders von den Kreisen der Wirtschaft wird eine Aenderung in dem Beamtenverhältnis erstrebt durch Einschränkung der Unkündbarkeit und die Methode des kalten Abbaues. Die Beamten sind selbst keine Anhänger der Aufblähung der Beamtenzahl. Die Meinung, daß Behördenbetriebe unwirtschaftlich seien, hält einer gründlichen Prüfung nicht stand. In vergleichbaren großen Privatbetrieben geht es auch nicht anders zu. Als Beamte dürfen wir nie vergessen, daß wir in erster Linie das Interesse der Allgemeinheit hochzuhalten haben. Das Emporkommen der privatkapitalistischen Geistesrichtung in den Verwaltungen und Staatsbetrieben entspricht nicht der Idee des Volksstaates. Wir stehen zum Volksstaat, zu seiner Form, zu seiner Idee. Wir wollen als Beamte objektiv und unparteiisch wie stets bisher Sachwalter des Ganzen sein und verhüten, daß das deutsche Volk durch Schaden klug werden muß. Die Vorträge ernteten lebhaften Beifall. In seinem Schlußwort ging der Vorsitzende, Rektor Kegel, auf die Frage des Volksbegehrens ein, wobei er ausführte, daß der Württ. Beamtenbund sich der Stellungnahme seiner Spitzenorganisation, des Deutschen Beamtenbundes, völlig anschließt und sich gegen das Volksbegehren ausspricht. Es handelt sich dabei um keine Parteifrage, sondern um eine Volksfrage von größter wirtschaftlicher, allgemeiner und politischer Bedeutung. Mit allen Volksgenossen sind wir einig, daß die Behauptung von Deutschlands alleiniger Schuld am Kriege bis zum Widerruf bekämpft werden muß. Wir erkennen in der Reparationsregelung vom Haag immerhin einen Fortschritt gegenüber der vorherigen Regelung. Wir begrüßen insbesondere die damit verbundene baldige Räumung der besetzten Gebiete. Wir wollen inmitten der Volksgemeinschaft mithelfen, die inneren und äußeren Schwierigkeiten zu überwinden.

Curtius über den Youngplan.

Mannheim, 20. Okt. Reichsminister Dr. Curtius sprach hier im Rahmen einer Grenzlandkundgebung im Nibelungensaal. Er widmete dem verstorbenen Reichsminister Dr. Stresemann einen tief empfundenen Nachruf, forderte zum Schutz und zur Fortführung seines Werkes auf, bekämpfte das Volksbegehren und betonte die Notwendigkeit und Gewißheit der Erhaltung und des Wachstums der Deutschen Volkspartei. Bei dem Nachruf für Dr. Stresemann erzählte Reichsminister Dr. Curtius, daß Stresemann wenige Stunden vor seinem Tode ihm gegenüber noch seine Zukunftspläne entwickelt habe, daß er fest hoffte, die Haager Konferenz zu Ende führen zu können und daß er sich durch eine dann beabsichtigte längere Erholungsreise im Süden für die von ihm heiß ersehnten und heiß umstrittenen Stunden der Befreiung des Rheinlandes gesund machen wollte. Wer Stresemanns Werk schützen und fortentwickeln will, so führte er aus, muß in der Gegenwart entschlossen in die Reihen der Kämpfer gegen das Volksbegehren treten. Es geht in dem jetzt entfesselten Kampf um die Autorität des Staates als solchen nach innen und außen. Sie muß diesem Aufruhr entgegengesetzt werden. Soweit sie in der Vergangenheit geschwächt schien, muß sie sich selbst in diesem Kampfe wiedergewinnen. Persönlich gilt es für alle, die in diesen Zeiten an verantwortlicher Stelle stehen, Hammer oder Amboß zu sein. In diesem heißen Ringen mögen Fehlgriffe und Fehlschläge vorkommen. Sich darüber zu beschweren, haben die Urheber dieses Kampfes das wenigste Recht. Man drehe und deutele an den Räumungsvereinbarungen herum. Indem man Zweifel an ihrer Klarheit und Wirkungskraft im Inneren erregt, spiele man gewissen ausländischen Kreisen in die Karten. Mit keinem Worte sei bei den Verhandlungen von der Kommerzialisierung der bedingungslos zahlbaren Jahresleistungen als Voraussetzung der Räumung die Rede gewesen. Der Text selbst schließe eine derartige Interpretation vollkommen aus. Ein krisendurchschüttteltes Deutschland könne den Gläubigergegnern die Lösung der Tributfrage nicht abringen. Während der Hugenbergkreis reine Illusionspolitik hinsichtlich der Volksabstimmung über die Kriegsschuldlüge und den Beginn, die Ausdehnung und Beendigung der gewünschten Dawes-Krise treibe, habe Stresemann mit Nüchternheit und Klarheit den Gegebenheiten der Wirklichkeit ins Auge geschaut und die vorhandenen Möglichkeiten real genützt. Das habe ihn zur Fortsetzung und zum Ausbau der Versöhnungspolitik geführt, das heißt derjenigen Politik, die am Verhandlungstisch Deutschlands Interessen durchzusetzen und mit dem europäischen Gesamtinteresse in Einklang zu bringen sucht, die sich im eigensten Interesse zum Frieden bekennt und sich so zum Anwalt der nach dem Weltkrieg durch alle Völker gehenden tiefen Sehnsucht nach Sicherung des Friedens macht. „Das ist der Ausdruck der Wahrheit, daß Deutschland kein höheres Interesse hat, als unter dem Schutz des Friedens seinen inneren und äußeren Wiederaufbau zu vollenden. Kein Zweifel, daß Deutschland diese Politik auch ohne Stresemann fortführen wird." Zum Schluß forderte der Redner seine Freunde auf, sich auch vor das zweite Werk Stresemanns — seine Partei — zu stellen — sie in seinem Geist fortzuführen und weiter zu entwickeln.

Zahlreiche politische Zusammenstöße in Berlin. 80 Festnahmen.

Berlin, 20. Okt. Im Anschluß an die gestrigen Versammlungen, sowie an die heutige Kundgebung im Lustgarten und im Sportpalast ist es zu zahlreichen Zusammenstößen mit der Polizei gekommen, da die Teilnehmer trotz des Verbots versuchten, Züge zu bilden und geschlossen abzumarschieren. Insgesamt wurden 80 Personen festgenommen. Um 1 Uhr vergangene Nacht kam es in Lichterfelde zu einer Schlägerei zwischen Stahlhelmern und Kommunisten. Dabei wurden mehrere Personen verletzt. Um 2 Uhr nachts warfen unbekannt gebliebene Täter die Tür und Fensterscheiben eines Lokales im Südosten der Stadt ein, wo die Nationalsozialisten eine Versammlung abhielten. Diese liefen auf die Straße und wollten sich auf die Angreifer stürzen. Letztere gaben mehrere Schüsse ab, wobei der 37 Jahre alte Nationalsozialist Krüger derart verletzt wurde, daß er nach dem Krankenhaus verbracht werden mußte. Auf dem Hohenzollernplatz in Neukölln wurden heute nachmittag mehrere Stahlhelmer von Kommunisten angefallen, wobei ein Stahlhelmer Verletzungen davontrug. Die Polizei nahm zehn Angreifer fest. Nach der Kundgebung im Lustgarten versuchten zahlreiche Teilnehmer einen Zug zu bilden. Da sie trotz Aufforderung nicht auseinander gingen, machte die Polizei von dem Gummiknüppel Gebrauch. Dabei wurden insgesamt 40 Personen zwangsgestellt. Auch im Norden kam es zu einer Schlägerei zwischen Stahlhelmern und Kommunisten. Ein Stahlhelmer wurde dabei verletzt. Es gelang der Polizei den Täter festzunehmen.

Schwierige Lage Münchens.

München, 21. Okt. Die schwierige Finanzlage der Stadt München beleuchtet blitzartig eine Erklärung des Finanzreferenten, die er dem Stadtrat im Plenum gegeben hat und die allgemein großes Aufsehen erregte. Zur Debatte stand die Bewilligung von 250 000 Mark für die Erbauung eines Operationshauses in einem städtischen Krankenhaus. Dieser Betrag soll aus Anleihen gedeckt werden. Der Finanzreferent erhob sich dann und teilte mit, daß er eine Referentenbesprechung einberufen habe, in der alle Bausachen zur Behandlung kommen würden. Er werde darauf hinweisen, daß er keinerlei Gewähr dafür übernehmen könne, Beträge, die zur Fortführung begonnener Bauten notwendig seien, zur Verfügung zu stellen. Alle städtischen Stellen würden zurzeit über die Sparmaßnahmen der Stadt Berlin unterrichtet, die ebenfalls ihre sämtlichen Bauten einstellen müsse. Das Volksbegehren bringe mit sich, daß auf dem Anleihemarkt gegenwärtig überhaupt nichts zu erreichen sei. Wenn die Stadt die Mittel für vorgesehene Bauten nicht aufbringe, stände man in geradezu verzweifelter Situation. Der Oberbürgermeister suchte beruhigend zu wirken. Die Stadträte trauten sich gar nicht, Bemerkungen zu machen, und der Referent für die Krankenhäuser zog nach dieser Erklärung für die Finanzsorgen den Antrag auf Bewilligung der 250 000 Mark für das Operationshaus zurück.

Reichslandbundpräsident Hepp über das Volksbegehren.

Ladenburg, 21. Okt. In einer öffentlichen Kundgebung des Bauernbundes in Ladenburg sprach der Präsident des Reichslandbunds Hepp über „Parteiwirtschaft oder Einigung". Der Redner äußerte sich besonders über die Zollpolitik des Reichsernährungsministers. Stärker als bisher wolle die grüne Front ihre Rechte wahren. Was der Reichstag im Lauf des Sommers beschlossen habe, sei dem Kabinett abgerungen worden. Wo bleibe die Erkenntnis der Lage beim Reichsernährungsminister? Der Redner warnte dann vor der Gefahr der Verproletarisierung des Bauernstandes. Als großes Unrecht müsse die Fortdauer der Rentenbankgrundschuldzinsen angesehen werden. Zum Youngplan erklärte der Redner, niemals könne der Bauernstand die Hand zur Versklavung der kommenden Geschlechter bieten. Der Dawesplan habe wenigstens ein Revisionsrecht gekannt. Die nassauischen Landwirte hätten erklärt, lieber noch 4½ Jahre die Lasten der Besatzung ertragen zu wollen, als ihre Kinder und Enkel den Ketten des Youngplanes auszuliefern.

Schwere Ausschreitungen in Magdeburg.

Magdeburg, 21. Okt. Am Sonntag veranstaltete die K.P.D. einen Umzug, vor dem eine Gruppe von etwa 20 uniformierten Personen ging. Sie sangen bekannte Rotfront-Lieder und brachten Hochrufe auf Rotfront aus. Die Polizei schritt ein, da es sich anscheinend um ehemalige Mitglieder der verbotenen Rotfront-Organisation handelte. Den polizeilichen Maßnahmen setzten die Beteiligten Widerstand entgegen. Die Festgenommenen versuchte man mit Gewalt zu befreien. Dabei wurden Polizeibeamte tätlich angegriffen und mit Latten und Stöcken geschlagen. Die Polizei mußte vom Gummiknüppel Gebrauch machen. Zwanzig Personen wurden festgenommen.

Ein umstrittener Nachtragsetat. Die Hilfe für den Westen.

Berlin, 21. Okt. Das wiederholte Drängen der Reichsregierung auf Beschleunigung der Youngkommissionsberatungen hat seinen guten Grund. Das Reichsfinanzministerium will den Nachtragsetat fertigstellen, und weiter an die Finanzreform herangehen, kann aber über die Vorarbeiten nicht hinauskommen, weil sich nicht übersehen läßt, wie der Youngplan in seiner endgültigen Gestalt aussehen wird. Beim Wiederzusammentritt des Reichstags wird ihm aber notwendigerweise der Nachtragsetat vorgelegt werden müssen, da einige unaufschiebbare Ausgaben zu bewilligen sind. Wir können schon jetzt sagen, daß dieser Nachtragsetat, wenn er nachholen will, was aus dem Plan unter dem Druck der Deutschen Volkspartei herausgestrichen wurde, scharfe parlamentarische Kämpfe auslösen wird. Natürlich kann es keinem Zweifel unterliegen, daß z. B. die für die Ablösung der belgischen Marknotenbestände und für die Besatzungsschäden erforderlichen Beträge für die Regierungsparteien keinen Streitpunkt darstellen. Etwas anderes ist es aber, wenn sich die Reichsregierung verpflichtet sieht, zu Gunsten der Arbeitslosenversicherungsanstalt bestimmte Beträge nachzufordern. Dann werden die Auseinandersetzungen über die Versicherungsreform wieder aufflammen und die Parteien in starke Erregung versetzen, wobei aber heute noch gar nicht abzusehen ist, welche Folgen eine derartige Nachforderung haben kann. Wie man hört, will der Ausschuß auf dem Umwege über den Nachtragsetat bereits einen kleinen Betrag zu Gunsten des Westens, also jener Gebiete, die als notleidende Westmark anzusprechen sind, flüssig machen. Es wird von 10 Millionen Reichsmark gesprochen. Weit wird man mit diesen Summen selbstverständlich nicht kommen. Wir brauchen ja nur an eine kürzliche Rede des Reichsministers Wirth zu erinnern, der festgestellt hat, daß man mehrere Milliarden Reichsmark auswerfen müßte, wollte man allen Entschädigungsansprüchen hundertprozentig Rechnung tragen. Im Haushaltsplan für das nächste Jahr wird dann wohl auch ein wesentlich größerer Betrag für die Hilfsaktion im Westen zu finden sein. An der Fertigstellung dieses Haushaltsplans wird zurzeit noch gearbeitet. Man kann aber auch hier nicht das letzte Wort sprechen, weil seine Gestaltung auf das engste mit Youngplan und dem Reichsdefizit verbunden ist. Für das nächste Jahr wird mit einer Reparationserleichterung von rund 450 Millionen Reichsmark gerechnet. Der Fehlbetrag für 1928/29 beträgt aber genau soviel, sodaß zunächst überhaupt keine Erleichterung aus dem Youngplan in die Erscheinung treten kann. Setzt man in Rechnung, daß von vielen Seiten auch für das nächste Haushaltsjahr kostspielige Anträge gestellt werden, dann ist überhaupt nicht abzusehen, wie man die notwendige Finanzreform und Steuersenkung handhaben und welches Gesicht man ihr geben soll.

Die neue Grenze der Besatzungszone.

Berlin, 21. Okt. Am 30. November muß die zweite Zone von den Besatzungstruppen vollständig geräumt sein. Die Zurückziehung der Mannschaften hat ja auch bereits begonnen. Inzwischen ist durch Besprechungen zwischen der Rheinlandkommission und dem Reichskommissar für die besetzten Gebiete die genaue Grenze der zweiten Zone, die im Versailler Diktat nur durch einige Richtpunkte angedeutet worden war, genau festgelegt. Daß die rechtsrheinischen Brückenköpfe von Mainz und Koblenz geräumt werden, ist ja bekannt. Linksrheinisch ist die zweite Zone ein breiter Streifen, der an der belgischen Grenze mit Jülich und Düren im Norden und mit Aachen im Süden beginnt und in südöstlicher Richtung auf den Rhein zugeht, sich aber später an der Südgrenze fackartig erweitert, so daß auch der ganze Unterlauf der Mosel einschließlich Cochem frei wird. Die Grenze der dritten Zone erreicht über Simmern und Bacharach den Rhein, so daß also nordwärts von Bacharach kein feindlicher Soldat mehr steht. Die dritte Zone soll bis zum 30. Juni 1930 geräumt sein. Wir wollen

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

aber immer noch hoffen, daß bei vernünftigem Verlauf der Verhandlungen über den Youngplan die Siegerstaaten dieses Recht nicht bis zum letzten Tag ausnutzen werden.

Ausland.

Der französische „Sicherheits"-Wahn.

Paris, 21. Okt. Vor einigen Tagen wurde der Aufruf eines nationalen Komitees veröffentlicht, das von Clemenceaus ehemaligem Kabinettschef, dem General Mordacq, gegründet wurde, um die Rheinlandräumung zu bekämpfen. Was sich der General, der während des ganzen Krieges im Pariser Außenministerium Dienst getan hat, darunter vorstellt, sagte er in einer Unterredung, die zum Teil wiedergegeben sei, weil sie die Gedankengänge der französischen Nationalisten spiegelt, die seit Wochen die Spalten zahlreicher Blätter in Paris füllen. Der General sagte u. a.: Mit jedem Tag eilen wir rascher dem Abgrund entgegen. Nach der versprochenen, aber glücklicherweise noch nicht ratifizierten Räumung des Rheinlandes spricht man jetzt von einer Räumung des Saargebietes. Das finanzielle Gleichgewicht und die Sicherheit der Grenze sind bedroht. Seit 14 Tagen kündigt in England die Rothermere-Presse einen Kampf für die Rückgabe der deutschen Kolonien an. Die Macht Deutschlands soll vollkommen wiederhergestellt werden. Wir eilen einem neuen Krieg entgegen. Die Volksabstimmung über den Youngplan beweist es. Wir stehen da mit einer desorganisierten Armee und wir werden ganze sechs Jahre brauchen, um die Verteidigungslinie im Osten wiederherzustellen. Es wäre dumm, die fünf Jahre aufzugeben, die uns der Friedensvertrag sichert. Solange wir in Deutschland stehen, werden die Deutschen keinen Krieg führen. Um diese Sicherheitsmaßnahme zu fordern, wurde das nationale Komitee gegründet." In demselben Geist gibt Pertinax im „Echo de Paris" seinem Aerger darüber Ausdruck, daß General v. Lettow-Vorbeck zu dem Diner der englischen Generale nach London eingeladen wurde, die während des Krieges in Deutsch-Ostafrika gekämpft haben. Pertinax erinnert daran, daß der Gastgeber, General Smuths, als Führer der Buren seinerzeit zu den Feinden Englands gehörte und heute erster Minister eines englischen Dominions sei. England scheine die Schlachten von 1914 bis 1918 für eine Art Sportunterhaltung zu halten. „Wann wird man Hindenburg an die Themse einladen? England überschreitet das Maß des Erlaubten."

Eine Rede Herriots.

Paris, 20. Okt. Vor der Bezirksvereinigung der Radikalen Partei in Lyon hielt heute der Abgeordnete Herriot eine Rede, in der er u. a. ausführte: Nach Wiederzusammentritt des Parlaments werden die Parteien zu außenpolitischen Fragen Stellung nehmen müssen. Die gegenwärtige Lage ist paradox, denn der Ministerpräsident wird von einem Kabinett und einer Mehrheit unterstützt, die von denselben Leuten gebildet wird, die diese Friedenspolitik 1924 bekämpft haben, als sie von den Radikalen befolgt wurde. Die Männer der Rechten stellen uns immer als die größten Uebeltäter auf nationalem und finanziellem Gebiete hin. Unsere Rolle ist, dieser Opposition die Maske herunterzureißen. Wir haben das Recht, unter Berufung auf Ziffern dem französischen Volk zu sagen: Der Dawesplan, den wir zur Anwendung gebracht haben, hat Frankreich für die 5 Jahre im ganzen 4 Milliarden Mark eingebracht. Dieses Ergebnis haben wir erzielt, ohne den Frieden zu stören. Im Gegenteil, unter Besserung der Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland. Herriot bekannte sich dann zur Briandschen Politik von Locarno, Thoiry und dem Haag und bejahte den Gedanken der vereinigten Staaten von Europa. Die deutschen und die französischen Industriellen haben, so erklärte er, durch eine Reihe von Abmachungen die Solidarität der internationalen Produktion bestätigt. Wenn Europa einig ist, dann wird seine Stahlproduktion die gleiche Höhe erreichen, wie die der beiden amerikanischen Truste. Welche Außenpolitik wollen denn die reaktionären Kreise betreiben? Alle Welt angreifen? Diesen Leuten gegenüber erklären wir Radikalen: Wir haben nichts mit euch gemeinsam. Wir wollen nach außen wie nach innen die Politik der Gerechtigkeit fortsetzen und die Radikale Partei fordert für jeden sein Recht.

Fritz Schumacher
Neuenbürg, am Marktplatz
und
Pforzheim, Leopoldstr. 1.
Rabattmarken!

Größte Auswahl
in
Strickkleidern
Pullovern
Westen

Ein Erfolg der Zeppelinfahrten.

Paris, 21. Okt. Die spanische Regierung hat jetzt der Gesellschaft „Transaerea Colon" die Konzession zum Betrieb einer regelmäßigen Luftschiffverbindung zwischen Spanien und Südamerika erteilt, und zwar auf 40 Jahre. Die Verbindung soll im Laufe von zwei Jahren mit zwei Luftschiffen eröffnet werden. Die Gesellschaft verpflichtet sich zunächst, monatlich je ein Schiff in jeder Richtung fliegen zu lassen. Falls die Zahl der Passagiere aber groß genug wird, müssen wöchentlich Abflüge weiterer Luftschiffe vorgenommen werden, die mindestens 40 Reisende und 40 Tonnen Ware befördern.

Die Rache Habib Ullahs.

London, 21. Okt. Eine furchtbare Entdeckung ist in der Zitadelle von Kabul gemacht worden. In einem verschlossenen Raum fand man die Leiche des 22jährigen Bruders von König Aman Ullah und seines 40jährigen Halbbruders Hayal Ullah Khan, ferner des früheren Gouverneurs von Kandahar, sowie von drei weiteren Personen, deren Identität noch nicht festgestellt werden konnte. Ueber die Todesart herrscht noch Unklarheit. Anscheinend sind die genannten Personen von dem früheren König Habib Ullah, welcher Aman Ullah entthronte, dort eingesperrt und dann kurz vor der Flucht Habib Ullahs ermordet worden, wenn sie nicht in Verzweiflung Selbstmord begingen, oder eines elenden Hungertodes gestorben sind. Zu den Ereignissen in Afghanistan selbst teilt die Londoner afghanische Gesandtschaft mit, daß sich die Provinzen Herat und Azar-i-Scherif im Norden Afghanistans dem König Nadir Khan unterworfen haben. Dieser kann anscheinend der Unterstützung Großbritanniens gewiß sein. Man nimmt von ihm an, daß er keine russischen Neigungen hat, sondern infolge seines Aufenthalts in Paris starke westliche Neigungen besitzt. Seine Hauptaufgabe wird es zunächst sein, das Wiedererwachen der Streitigkeiten zwischen den einzelnen Stämmen zu vermeiden und die Ruhe im Lande wiederherzustellen.

Begründung einer Zeppelin-Transportgesellschaft.

Newyork, 21. Okt. „Herald Tribune" meldet, die National City Bank habe eine Zeppelin-Transport-Gesellschaft mit dem Sitz in Delaware für den Dienst zwischen den Vereinigten Staaten und Europa gegründet. Nähere Einzelheiten sind in zwei Wochen zu erwarten, sobald der Präsident der Goodyear-Gesellschaft, Mitchell, aus Europa zurückgekehrt ist. Auf Grund der Besprechungen Mitchells wird, wie das Blatt meldet, Deutschland eine bedeutende Beteiligung an der Zeppelin-Transportgesellschaft zugestanden. Die neue Gesellschaft hat bereits in Washington um Postkontrakte nachgesucht.

Aus Stadt und Bezirk

Neuenbürg, 22. Okt. Es war wirklich kein schönes Kirchweihwetter, das am Samstag und dann am Sonntag einsetzte; Regen und Nebelreißen wechselten miteinander ab und hielten den ganzen Sonntag an. Trotzdem hatten die Gaststätten durchweg guten Besuch aufzuweisen und Speisen und Getränken, vor allem dem „Neuen", wurde alle Ehre angetan. Der Montag zeigte ein freundlicheres Gesicht; nach kühlem Wetter in der Frühe brach die Sonne durch und machte gut, was der Sonntag gefehlt hatte, doch beschränkte sich der Betrieb in der Hauptsache auf die Abendstunden, wo in den Gaststätten in Stadt und Bezirk frohes Treiben herrschte.

Neuenbürg, 18. Okt. In der letzten Versammlung des Gewerbevereins wurde bemängelt, daß die Reichspostwagen der Pforzheimer Linie Waren jeder Art gegen Bezahlung befördern, während die Reichspost im Oberamtsbezirk Neuenbürg sich absolut ablehnend in dieser Hinsicht verhält; es wurde betont, daß dies eine empfindliche Schädigung der Wirtschaft des Bezirks darstelle. Die Versammlung beschloß, zur Behebung dieses Mißstandes ein Gesuch an die Oberpostdirektion Stuttgart durch Vermittlung des hiesigen Postamts zu richten. Darauf ging auf demselben Wege folgendes Schreiben von der Oberpostdirektion ein:

Beförderung von Gepäckstücken. Die Oberpostdirektion hat auf das dortige Schreiben vom 13. September in obengen. Sache folgenden Bescheid erteilt: Das Postamt wird ermächtigt, dringliche Sendungen mit Lebensmitteln und dergl., die sich zur Versendung als Postpakete nicht eignen oder deren postordnungsmäßige Behandlung wegen Schalterschlusses nicht möglich ist, versuchsweise zur Beförderung mit den Kraftposten der dortigen Liniengruppe anzunehmen. Jedoch sollen Gegenstände, die ohne weiteres als Postpakete versandt werden können, wie z. B. Bücher, Kleiderstoffe, Textilwaren u. dergl. nach wie vor als Postpakete aufgegeben werden. Die Beförderungsgebühr beträgt für jede Sendung ohne Rücksicht auf die Entfernung bis zum Gewicht von 10 Kg. 50 Rpf., über 10—20 Kg. 1 RM., über 20—50 Kg. 2 RM. Eine Haftpflicht der DRP. für die Sendungen wird mit Rücksicht auf das vereinfachte Verfahren bei der Annahme und Abgabe ausgeschlossen.

(Wetterbericht.) Nach Durchgang einer nordwestlichen Störung ist zwar Aufheiterung eingetreten, doch ist für Mittwoch und Donnerstag immer noch zeitweilig bedecktes Wetter zu erwarten.

Birkenfeld, 21. Okt. Wie gewünscht, so gestaltet sich das Wetter in diesem Herbst. Am Samstag und Sonntag kam der erwünschte Regen. Freilich den Kirchweihgästen war er nicht sehr erwünscht, aber dem Bauern war er recht willkommen. Er kann nun die Wintersaat bestellen und wenn das schöne Wetter anhält, das heute mit strahlendem Sonnenschein begonnen hat, so kann er auch die übrigen Feldgeschäfte, die noch im Rückstand sind, besorgen.

Wildbad, 21. Okt. Das neue Postamt wurde am Montag, 21. Oktober 1929, in Betrieb genommen mit Ausnahme von Telegraph und Fernsprecher, die vorläufig im alten Gebäude (Eingang 5) verbleiben.

Württemberg.

Stuttgart, 18. Okt. („Titelsucht auch in Württemberg".) Vom Württ. Diplomingenieurverein wird geschrieben: In letzter Zeit hat sich in unserem Lande der Gebrauch eingebürgert, den Stadtbaumeistern auch der kleinsten Städte den stolzen Titel „Baurat" zu verleihen. Die Oberamtsbaumeister werden ebenfalls häufig mit dem Titel „Amtsbaurat" bedacht. Hier liegt zweifellos ein Verstoß gegen Artikel 109 der Reichsverfassung vor, welcher derartige Titelverleihungen untersagt. In höchstgerichtlichen Entscheidungen ist die Unzulässigkeit dieser Verleihungen auch betont worden. Der Württ. Verein für Baukunde, die Vereinigung der Beamten mit abgeschlossener Hochschulbildung der Stadt Stuttgart und der Württ. Diplomingenieurverein haben sich daher veranlaßt gesehen, in einer besonderen Eingabe an das Württ. Ministerium des Innern auf die Unzulässigkeit dieser Titelverleihungen aufmerksam zu machen und um Abstellung zu ersuchen.

Feuerbach, 21. Okt. (Vom Zug überfahren.) Der auf dem Bahngelände des Bahnhofs tot aufgefundene 59jährige Oberpostschaffner Fetzer hat, wie der Polizeibericht meldet, seinen Tod selbst verschuldet. Er wurde durch eigene Unachtsamkeit von einem Zug überfahren und sofort getötet.

Heilbronn, 21. Okt. (Vorsicht im Gärkeller.) Bewußtlos aufgefunden wurde im Gärkeller am Freitag mittag ein hiesiger Weingärtner und sein Buttenträger. Ein erneuter Beweis dafür, daß die Warnungen zur Vorsicht beim Betreten der Gärkeller ernst genommen werden müssen.

Großingersheim, OA. Besigheim, 21. Okt. (Unerwünschter Kirchweihgast.) Kommt da am Kirchweihsamstag ein junger Fechtbruder hieher und klopft Haus um Haus ab. Als er bei G. Scheybing sein Glück versuchte, war gerade niemand in der Wohnung anwesend. Die zurückkehrende Ehefrau traf ihn im Hausgang, wo er sie um ein Stückchen Brot bat. Nachdem er mit einem mächtigen Stück „Kirbekuchen" abgezogen war, wollte die Frau einen Einkauf tätigen. Aber oh Schreck! Als sie die Geldschublade öffnete, war der gesamte Inhalt von etwa 120 Mark verschwunden. Schleunigst nahm der Sohn und ein Mitbewohner des Hauses die Verfolgung des Diebes auf, der auch rasch eingeholt wurde, da er unterwegs gemütlich den Kuchen verzehrte. Nach kurzem Leugnen gestand er die Tat ein und gab das gestohlene Geld heraus. Und nun folgte unverzüglich der zweite Akt der Verfolgung, der zweifellos für den Dieb eine heilsame Lehre war: eine gesunde Tracht Prügel. Sie muß ziemlich kräftig ausgefallen sein; denn der Bursche fand es für nötig, sich von den Spuren derselben am Brunnen zu reinigen, bevor er in den Ortsarrest eingeliefert wurde.

Bernhausen, OA. Stuttgart, 21. Okt. (Im Streit der Bruder erschossen.) Sonntag nacht ereignete sich hier gegen 1 Uhr auf der Burg eine schwere Bluttat. Beim Heimweg von der Wirtschaft gerieten die Brüder Maiser in einen Wortwechsel, in dessen Verlauf einer derselben zum Revolver griff und einen seiner Brüder schwer verletzte und den andern tötete. Hiezu wird noch gemeldet, daß es zwischen den Brüdern Maiser schon öfters zu Streitigkeiten gekommen ist. Der älteste der drei Brüder, der 29 Jahre alte Maiser, griff gestern nacht auf dem Heimweg vom Wirtshaus bei einem neuen Streit zum Revolver und erschoß seinen 22 Jahre alten Bruder, der sofort tot war. Als sein 28 Jahre alter Bruder zu Hilfe eilen wollte, richtete der Täter die Waffe auch gegen diesen. Er erhielt einen lebensgefährlichen Bauchschuß und mußte in ein Krankenhaus nach Stuttgart verbracht werden.

Eßlingen, 21. Okt. (Vorerst keine Eingemeindung von Eßlingen nach Stuttgart.) In einer Betrachtung zur bevorstehenden Stadtvorstandswahl schreibt die „Eßlinger Zeitung", daß die Frage einer Eingemeindung nach Stuttgart, welche in

Kinder der Berge.

46 Roman von Ant. Andrea Barel.

Der Bürgermeister stellte inzwischen ein Verhör mit der Mauthäuslwirtin an.

Unter wiederholten Beteuerungen ihrer Ahnungslosigkeit sagte diese zeternd aus, der Tiroler Seppl wäre mit der Rosl vom Herrn Pfarrer gekommen, wo sie das Aufgebot zum Sonntag bestellt hätten. Den Abend sollte dies bei ihr gefeiert werden. Nachdem sie das Nötige mit ihr und der Kathl besprochen hätten, wären sie gegangen, damit die Rosl ihren Verlobungsstaat anlegte, denn es sollte hoch zur Nacht hergehen.

Aber nach knapp zehn Minuten hätte ein fürchterlicher Schrei gegellt und dann das Gebrüll des Tiroler Seppl, als ob ein Stier geschlachtet würde. Und wie sie hingelaufen wären, sie, die Kathl und wer sonst noch in der Schenke saß, da wäre der Franzl wie ein Gespenst an der Hölle vorbei, über die Innbrücke gerast, und am Wege hätte der Tiroler Seppl gelegen — er, und die Rosl — beide in ihrem Blut.

Im ganzen war es wohl wirklich so vor sich gegangen; es ergab sich aber, daß der Tiroler Seppl noch lebte, wenn auch fürchterlich zugerichtet; er hatte den Mund so voll Blut und ausgeschlagener Zähne, daß er fast erstickt war. Sein ganzer Unterkiefer klaffte. Sein eines Ohr war ein blutiger Fetzen — dennoch lebte der Seppl. Die Rosl hingegen glich einer blutigen Masse in zerschnittenen, zerhackten Kleiderfetzen. Das hübsche, lebensluftige Ding, dem so viel an einer goldenen Kette und an seidenen Miedertüchern gelegen war, daß es einen Verrat an der treuesten, heißesten Liebe beging.

Einer der Gendarmen brach Tannenzweige und bedeckte damit die grauenvollen Ueberreste von all der vernichteten Jugend und Schönheit.

Gegen Mitternacht erhob sich ein Sturm. Er fegte über das Tal hin und heulte Zorn und Aufruhr durch die Berge. Er sauste und pfiff um die verlassenen Einöden des Kranzlers, daß die Leute erschrocken aus dem Schlaf fuhren. Aber sie kannten den wilden Herrn der Berge. Sie zogen die dicken Federbetten über die Ohren und schliefen wieder ein.

Tiefe Dunkelheit deckte die Schluchten zu. Dort lauerte das Grauen. Es harrte des Augenblicks, da es emporsteigen und die Hatz beginnen sollte. Durch den Wald ging ein Krachen und Aechzen. Das Herz der Einsamkeit begann zu pochen und zu schlagen; der Sturm war sein Schicksal; und ob er es auch bis auf den Grund erschütterte, brechen konnte er es nicht.

Aber ein Mensch war da, der floh vor seinem Schicksal. Den nahm der Wald in seinen Schutz. Die Dunkelheit schlug ihren Mantel um ihn. Der Sturm jagte ihn vorwärts, an Felswänden vorbei; sein gewaltiger Arm hielt ihn, daß er nicht fiel, nicht zerschmetterte. — Doch in den Schluchten regte sich das Grauen. —

Der Lehrer der Kranzeinöd lag in tiefem Schlummer. Ein Traum hielt ihn umfangen, der süße Lieder in seine Ohren sang und Rosenblätter auf seine müden Augen streute.

Da klirrte das Fenster zu Häupten des Schlafenden.

Eine Hand langte hinauf und pochte einmal und noch einmal.

Der Lehrer fuhr in die Höhe.

„Was ist's?"

Der Sturm gab ihm Antwort; es klang wie ein Notschrei.

Mit einem Satze war der Lehrer aus seinem Bett. Er öffnete die Auslugscheibe im Fenster und sah einen Menschen vor seinem Fenster liegen, um den der Sturm raste und tobte, als ob er ihn aufpeitschen und in die pfadlose Nacht jagen wollte.

In Hast zog der Lehrer das Notdürftigste an, steckte ein brennendes Licht in seine Laterne und stellte sich auf die Steinfliesen des Hausflurs. Dann schloß er auf und trat auf die Türschwelle.

„Wer verunglückt?"

Der Mann an der Erde wollte sich erheben. Er konnte es nicht. Nur ein qualvolles Stöhnen verriet, daß er lebte.

Da faßte der Lehrer ihn unter die Arme und schleppte ihn in seine Stube.

„Joa . . . was is does: der Franzl? Und zug'richt, daß man ihn nimmer erkennt." — — —

Der Lehrer hatte ihn auf sein Bett fallen lassen und ihm mit der Laterne ins Gesicht geleuchtet.

Ja, es war der Franzl, der da lag, die Hände voll Blut, die Kleider zerrissen, das Gesicht zerschunden und über und über voll klebriger Flecken.

Der Bursch riß die Augen auf: das Grauen flackerte in ihnen.

„Sind's doa?" flüsterte er wild.

„Wer?"

„Die Schandarms?"

„Sind's hinter dir herkommen?"

Er machte ein Zeichen der Bejahung; dann lag er vor Erschöpfung wie ein Toter.

Der Lehrer machte auf seinem Spirituskocher heißes Wasser und braute einen Tee von stärkenden Kräutern, den er dem Halbohnmächtigen zu trinken gab.

(Fortsetzung folgt.)

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

letzter Zeit da und dort erörtert wurde, unseres Erachtens mit Recht nicht weiter verfolgt zu werden scheint. Die Zeit ist dazu noch nicht gekommen. Eßlingen ist darauf auch nicht angewiesen. Es kann noch lange sein Eigenleben weiter führen und Stuttgart wird an dem Zuffenhausener Brocken stark zu kauen haben.

Uhingen, OA. Göppingen, 21. Okt. (Eine Zehnjährige als Lebensretterin.) Am Freitag morgen spielten einige Kinder am Kanal der Bleicherei. Dabei verlor der acht Jahre alte Albert Ott das Gleichgewicht und fiel in den Kanal. Schnell entschlossen sprang ihm die zehnjährige Tochter Emma des Karl Feldmaier nach, zog den schon erschöpften Knaben aus dem Wasser und rettete ihm dadurch das Leben.

Geislingen, 21. Okt. (An Blutvergiftung gestorben.) Der 31 Jahre alte Sohn des Malermeisters Pflüger starb plötzlich an Blutvergiftung. Ein Furunkel an der Nase wurde vermutlich durch Eindringen eines Giftstoffes, der von einer Farbe herrührend an den Fingern haftete, entzündet und führte zum raschen Vergiftungstod.

Biberach, 21. Okt. (Zur Mordsache Zell.) Der wegen Gattenmords zum Tode verurteilte Julius Zell hat schon am andern Morgen gegen das Urteil Revision anmeldet lassen. Bei der Abführung nach der Verurteilung kam der Unmut des Zell durch die Aeußerung zum Ausdruck: „Schlagt mir nur gleich den Kopf (wörtlich Grind) herunter, dann ist der Justizmord fertig". Auch verweigerte Zell das Abendbrot. Zu bemerken ist noch, daß das Urteil einstimmig gefällt wurde und daß auch eine eventuelle Begnadigung ausgeschlossen wurde, soweit das Schwurgericht in Frage kommt. Der vor 4 Jahren wegen Mordes zum Tode verurteilte, jedoch begnadigte Buchhalter Hock aus Biberach befindet sich nunmehr in der Heil- und Pflegeanstalt Zwiefalten.

Großdeinbach, OA. Welzheim, 21. Okt. (Schwerer Betriebsunfall.) Der 48 Jahre alte Michael Müller von hier verunglückte am Samstag nachmittag an einer Kreissäge dadurch, daß ihm ein Brettstück mit großer Wucht gegen den Leib geschleudert wurde, wobei er anscheinend schwere innere Verletzungen erlitt, so daß er noch in der Nacht mit dem Sanitätskraftwagen ins Krankenhaus gebracht werden mußte.

Baden

Freiburg, 20. Okt. Auf dem Feldberg schneit es seit gestern nachmittag bei einer Temperatur von plus 1 bis minus 1 Grad. In den Vormittagsstunden des Sonntags entwickelte sich das Wetter zu einem Schneesturm, der bis auf 900 Meter in die Täler herab starke Schneemassen mit sich brachte. In etwa 1000 Meter Höhe wurden 15 bis 20 Zentimeter Neuschnee gemessen.

Handel, Verkehr und Volkswirtschaft.

Stuttgart, 21. Okt. (Landesproduktenbörse.) Nach mehrfachen Schwankungen schloß der Getreidemarkt in abgelaufener Woche in ruhiger Haltung. Die Forderungen für Auslandsgetreide waren etwas billiger und auch inländische Ware konnte man trotz kleiner Zufuhr leichter kaufen. Es notierten je 100 Kg.: Auslandsweizen 27.25 bis bis 31.50 (am 14. Okt. 27.75—32), württ. Weizen 24.75—25.50 (25—26), Sommergerste 20.50—23 (21—23), Roggen 19.75—20 (unv.), Hafer 18—19 (unv.), Wiesenheu 9—10 (8.50—9.50), Kleeheu 9.50—12 (unv.), drahtgepreßtes Stroh 4.25—5 (unv.), Weizenmehl 39.50—40 (40—40.50), Brotmehl 31.50—32 (32—32.50), Kleie 10—10.50 (unv.) Mark.

Lauffen a. N., 21. Okt. (Hybridenwein wenig begehrt.) Zum Preise von 220—240 Mark pro Eimer wurde vollends aller Wein verkauft. Wein aus Amerikanerreben, hauptsächlich Taylor, die heuer ganz immense Erträge geben, wird angeboten bereits zu 80 Mark der Eimer, jedoch herrscht geringe Nachfrage nach solchem, so daß bei der Ueberproduktion mancher Produzent genötigt sein wird, sein Quantum an Hybridenwein einzukellern.

Weinverkäufe. Brackenheim 70—75 M. pro Hektoliter; Frauenzimmern 210—220 M.; Roßwag 300 M.; Horrheim 240—260 M.; Besigheim 225—300 M.; Walheim 230—240 M.; Hessigheim 200—245 M.; Hofen 175—200 M.; Marbach a. N. 250 M.; Kleinbottwar 230 M.; Oberstenfeld 240—250 M.; Beilstein 260—280 M.; Auenstein 200—220 M.; Rommelshausen Weinlese beendet, noch kein fester Preis; Talheim OA. Heilbronn Rotwein 260—280, Weißwein 240—270 M.; Großgartach 220 M.; Eberstadt Weißwein 60—63, Rotwein gemischt 65 M. je Hektoliter; Willsbach 200—220 M.; Hölzern 180—200 M.; Eichelberg: Käufe zu 225—230 M.; Erlenbach 225—250 M.; Binswangen 200—230 M.; Nordheim 205 bis 220 M.; Neckarwestheim 220—230 M.; Walheim 230—240 M.; Unterheimbach 195—215 M.; Gründelbach bei Mühlacker 220 bis 230 M.; Niedernhall OA. Künzelsau Käufe zu 225 bis 250 M.; Oehringen 200 M.; Metzingen: mehrere Käufe zu 270—290 M. pro Eimer. Zum großen Teil ist die Lese nun beendet. Die Qualität ist überall eine vorzügliche und die Weine finden guten Absatz.

Neueste Nachrichten.

Friedrichshafen, 21. Okt. Die für Dienstag in Aussicht genommene Fahrt des Luftschiffes „Graf Zeppelin" nach Nordspanien und Barcelona ist wegen schlechten Wetters, das zurzeit über dem Mittelmeer herrscht, vorläufig bis zum Donnerstag verschoben worden.

Friedrichshafen, 21. Okt. Am nächsten Sonntag soll die Schweizer Fahrt des „Graf Zeppelin nach Dübendorf ausgeführt werden. Acht Tage später wird das Luftschiff Stuttgart und Böblingen besuchen. Im Laufe der nächsten Woche sind auch noch einige Schweizer Fahrten geplant.

Mannheim, 21. Okt. Gestern früh fuhr ein Auto vor dem Juwelierladen Arnold in N. 1 vor. Ein Herr sprang aus dem Auto, schlug das Schaufenster ein und raubte alle ihm erreichbaren Gold- und Silberwaren. Das Auto verließ dann in schnellstem Tempo den Tatort und wurde später zwischen Heidelberg und Neckargemünd herrenlos aufgefunden. Vermutlich haben die Täter das Auto benützt, das in Frankfurt-Niederrad gestohlen wurde. Die Verfolgung wurde sofort aufgenommen.

Nürnberg, 21. Okt. Der Beschluß der städtischen Straßenbahn, die gelben 50 Pfennig-Stücke nicht mehr in Zahlung zu nehmen, ist heute in Kraft gesetzt worden. Er beruht darauf, daß der Stadt durch die Einnahme dieses Geldstückes ein Schaden in Höhe von fast 10000 Mark entstanden ist. Fast 80 Prozent der eingenommenen „Gelben" waren angeblich gefälscht. Man hört, die Herstellung der Falschstücke sei dadurch erleichtert worden, daß Prägestöcke gestohlen worden sein sollen. Diese Sperrmaßnahme der Stadt hat unter der Einwohnerschaft große Erbitterung hervorgerufen.

Frankfurt a. M., 21. Okt. Die Mehlgroßhandlung Jakob Dreyfuß, Frankfurt a. M. ist in Schwierigkeiten geraten. Die Verpflichtungen werden auf etwa 12—13 Millionen Rm. geschätzt, darunter zirka 8 Millionen Reichsmark Bankforderungen.

Bad Kreuznach, 21. Okt. Die Besatzungsbehörde hat nunmehr das seit dem Einzug der Besatzung beschlagnahmte Gelände im Ausmaß von 154 Morgen, das als Flugplatz benutzt wurde, der deutschen Verwaltung zurückgegeben.

Bochum, 21. Okt. Am Sonntag abend wurde auf einem Feldweg in Bochum-Hordel die Leiche des 11jährigen Schülers Dulchnewski mit einer Schußwunde im Hinterkopf tot aufgefunden. In unmittelbarer Nähe der Leiche lag eine Selbstladepistole. Da zunächst nicht festgestellt werden konnte, ob ein Verbrechen oder Unfall vorliegt, benachrichtigte das Polizeipräsidium Bochum die beim Präsidium Essen stationierte Mordkommission für das Ruhrgebiet. Es besteht die Möglichkeit eines Zusammenhangs mit der Düsseldorfer Mordserie.

Düsseldorf, 21. Okt. Als heute abend ein Mann eine Damentoilette am Wehrhahn betrat, wurde er von der Wartefrau Born auf seinen Irrtum aufmerksam gemacht. Der Mann schlug jedoch die Frau ins Gesicht, würgte sie und warf sie auf eine Bank. Das Röcheln der Ueberfallenen hörte ihr zufällig anwesender Ehemann, der herbeieilte und dem Täter in die Arme fiel. Die gleichfalls anwesende Tochter eilte dann hilferufend auf die Straße, worauf mehrere Personen zu Hilfe kamen, den Täter festnahmen und ihn dem Ueberfallkommando übergaben. Es handelt sich um einen Fuhrmann namens Wiebusch.

Köln, 21. Okt. Bis einschließlich Sonntag haben sich hier 1.787 Stimmberechtigte für das Volksbegehren eingetragen. Nach Mitteilungen der städtischen Nachrichtenstellen verschiedener Städte betrugen die Eintragungen bis Sonntag in Düsseldorf 2791, in Bonn 820, in Koblenz 332, in Essen rund 1000.

Berlin, 21. Okt. Wie der „Vossischen Zeitung" aus Rom gemeldet wird, ist Fürst Bülow am vergangenen Sonntag von einem leichten Schlaganfall betroffen worden, der besonders die linke Seite in Mitleidenschaft gezogen hat. Die Nachricht von der Erkrankung des früheren Reichskanzlers war bisher auf seinen Wunsch geheim gehalten worden. Fürst Bülow hat den Anfall verhältnismäßig gut überstanden und befindet sich in Behandlung seines Leibarztes Nazzari. Dem Kranken ist strenge Ruhe verschrieben. Der linke Arm ist völlig unbeweglich. Bei dem hohen Alter des Patienten schließt auch der bisher günstige Verlauf der Krankheit Ueberraschungen nicht aus.

Berlin, 21. Okt. Der Reichspräsident hat auf Vorschlag des Reichswehrministers Groener den wegen Mordes zum Tode verurteilten und später zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigten Landwehrmann Troche nach 12jähriger Strafverbüßung begnadigt. Troche ist bereits aus dem Zuchthaus entlassen worden. Er hatte im Jahre 1916 nach einer schweren Verwundung seinen Urlaub überschritten und war dann wochenlang aus Angst vor Bestrafung planlos ohne Obdach umhergeirrt. Bei dem Versuch, sich durch Diebstahl Nahrung zu verschaffen, beging er einen Totschlag, den das Kriegsgericht im Jahre 1917 mit 11½ Jahre Zuchthaus ahndete. Das Oberkriegsgericht sah das Verbrechen als Mord an und verurteilte ihn in der Revisionsverhandlung zum Tode.

Berlin, 21. Okt. In Groß-Berlin wurden am 19. und 20. Oktober zusammen 40111 Eintragungen zum Volksbegehren vorgenommen. Mit den Eintragungen an den Vortagen haben sich in Groß-Berlin insgesamt 93829 Personen in die Listen eingezeichnet.

Berlin, 21. Okt. Der ehemalige bulgarische Ministerpräsident Wassil Radoslawow ist nach sechsmonatiger schwerer Krankheit heute in der Berliner Charite gestorben.

Berlin, 21. Okt. In Berlin geht seit einigen Tagen das Gerücht um, daß der italienische Botschafter einschließlich des Gesamtpersonals Anweisung erhalten haben soll, unverzüglich nach Rom zurückzukehren. Mussolini selbst soll diese Anordnung getroffen haben. Als Ursache für die aufsehenerregende Maßnahme wird angegeben, daß ein wichtiger Chiffrierschlüssel aus dem Geheimschrank der Botschaft verschwunden sein soll. Nach unseren Informationen ist es richtig, daß eine personelle Umgruppierung durch die römische Regierung in Aussicht genommen ist. Wahrscheinlich wird in Kürze das Personal vom ersten Botschaftsrat bis zum letzten Diener nach Italien abreisen. An den Botschafter selbst ist nach den bei der Botschaft vorliegenden Informationen eine Anweisung, seinen Berliner Posten aufzugeben, noch nicht ergangen. Der Botschafter selbst befindet sich seit geraumer Zeit in Rom auf Urlaub. Es scheint aber, als ob auch er einen Nachfolger erhalten wird. Ueber die Gründe der Auswechslung schweigt man sich aus, es sieht aber so aus, als ob tatsächlich etwas passiert ist, was Mussolini veranlaßt hat, mit aller Strenge durchzugreifen und alle Angehörigen der Botschaft nach Italien zurückzurufen.

Berlin, 21. Oktober. Nach einer Meldung der „B. Z." hat die Zivilkammer III des Landgerichts I die Beschwerde der Brüder Sklarek gegen den Konkursbeschluß des Amtsgerichts Berlin-Mitte zurückgewiesen. Als Streitgegenstand sind 200000 Mark in jedem Falle angenommen. Der von den Vertretern der Brüder Sklarek immer wieder angeführte Monopolvertrag mit der Stadt Berlin besitze nur einen imaginären Wert, da er von der Stadt gekündigt worden sei. Die Vertreter der Sklareks wollen gegen diesen Beschluß Berufung beim Kammergericht einlegen. In den Entscheidungsgründen für die Ablehnung der Konkursbeschwerde der Sklareks heißt es, daß nach den bisherigen Feststellungen die Aktiven der K.V.G. 1,8 Millionen Reichsmark betrügen, während sich die Passiven auf 10,8 Millionen Reichsmark beliefen.

Wilhelmshaven, 21. Okt. Der Teilhaber Weber der Wilhelmshavener Autofirma Jakobs & Weber, der vor einer Woche mit seiner Familie und seiner Sekretärin geflüchtet ist, hat aus Bentheim einen Brief an seine Frau gerichtet, in dem er Unterschlagungen in der Höhe von 100000 Mark zugibt. Weber, der die Geschäftsleitung der Firma innehatte, hat u. a. die Anzahlungen für noch nicht abgelieferte Wagen an sich genommen.

Friedland (Mecklenburg), 21. Oktober. Am Wochenbett ihrer Schwiegertochter traf sich die Arbeiter-Witwe Wilhelmine Wodrich mit der anderen Großmutter. Die beiden Großmütter erzürnten sich, weil die eine behauptete, das Kind ähnele dem Vater, während die andere der Meinung war, es gleiche der Mutter. Es entstand eine Schlägerei und die Polizei mußte herbeigerufen werden. Die Witwe Wodrich nahm sich den Auftritt dermaßen zu Herzen, daß sie sich gleich darnach auf dem Hausboden erhängte.

Neukuhren, 21. Okt. Heute früh hat sich hier ein schweres Unglück zugetragen. Von 19 in der Nacht auf den Fischfang ausgefahrenen Kuttern ist einer im Sturm gekentert. Die vier Fischer sind ertrunken. Die übrigen Boote sind wohlbehalten zurückgekehrt.

Paris, 21. Oktober. Das letzte noch ausstehende Ergebnis der gestrigen Senatserneuerungswahl brachte die Wiederwahl des ausscheidenden Senators Berenger. Nach der bestehenden Fraktionsordnung setzt sich vom 1. Januar ab der Senat wie folgt zusammen: Rechte 9 (bisher 9), Republikanische Linke 22 (22), Republikanische Vereinigung 71 (78), Demokratische und radikale Vereinigung 34 (30), Demokratische radikale Linke 152 (149), Sozialisten 16 (15), Fraktionslose 9 (8).

Paris, 21. Oktbr. Poincare hat sich heute früh 8 Uhr der seit längerer Zeit angekündigten zweiten Operation unterzogen. Die Operation ist gut verlaufen. Der heute abend von den Aerzten ausgegebene Krankheitsbericht bezeichnet den Zustand Poincares als sehr zufriedenstellend. Einer der behandelnden Aerzte fügt hinzu, das Allgemeinbefinden des Kranken sei ausgezeichnet.

Paris, 21. Oktbr. Der deutsche Botschafter v. Hoesch, der heute früh von seinem Urlaub zurückgekehrt ist, hatte heute nachmittag eine einstündige Unterhaltung mit dem französischen Ministerpräsidenten Briand. Der Botschafter brachte zunächst den Dank der deutschen Regierung für die Beileidsbezeugungen anläßlich des Todes des Reichsaußenministers Dr. Stresemann zum Ausdruck. Im übrigen bezog sich die Unterhaltung auf den Stand und die Weiterführung der Arbeiten der durch die Haager Konferenz eingesetzten Ausschüsse.

Paris, 21. Okt. Der „Temps" benützt das Volksbegehren, um Zweifel in die Fortführung der deutschen Friedenspolitik zu setzen.

Brüssel, 21. Oktbr. Der Prinz von Piemont wird mit Gefolge am Mittwoch inkognito in Brüssel eintreffen. Die offizielle Ankündigung seiner Ankunft gibt, wie die Agence Belgue erklärt, nunmehr die Gewißheit, daß die Verlobung in dieser Woche offiziell bekanntgegeben wird.

London, 21. Oktbr. Der belgische Dampfer „Lola" erlitt gestern abend bei Seiley Bill Schiffbruch und man befürchtet, daß neun Mann der Besatzung mitsamt dem Kapitän umgekommen sind. Drei Ueberlebende, die sich an die Schiffstrümmer geklammert hatten, wurden mehrere Stunden nach dem Unglück von dem schwedischen Dampfer „Scandinavia" aufgefischt und heute in Dartmouth gelandet.

Helsingfors, 21. Oktbr. In der Nähe der Mündung des Laesleine-Flusses in den Ladogasee kenterte gestern abend im Schneesturm ein Kahn. Sechs Arbeiter fanden den Tod in den Wellen.

Chicago, 21. Okt. 400 Neger, unter denen ein Streit über die Pastorenwahl in ihrer Kirche entstanden war, bearbeiteten sich mit Rasiermessern derart, daß mehr als 20 verletzt wurden, darunter einige schwer. 60 Neger wurden verhaftet.

Louisville, 21. Okt. „Courier Journal" bezeichnet das deutsche Volksbegehren als einen letzten Versuch der „Diehards", die deutsche Demokratie zu zerstören. Das Haager Abkommen sei den Reaktionären nur ein Vorwand, wie der erste Paragraph deutlich zeige. Das Chaos sei ihre letzte Hoffnung, aber die Aussichten auf ein Gelingen ihres Selbstmordplanes sei äußerst gering.

Die württembergische Regierung und die Reform der Arbeitslosenversicherung.

Stuttgart, 21. Okt. Auf einer Tagung des Arbeiter- und Angestelltenbeirats der Württ. Zentrumspartei am Sonntag sprach Wirtschaftsminister Dr. Beyerle über die Reform der Arbeitslosenversicherung und die Haltung der württ. Regierung. Er sprach zunächst von den heftigen Angriffen, die seitens der sozialistischen Parteien gegen die württ. Regierung wegen ihrer Stellung zu dem Entwurf einer Aenderung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes erhoben worden seien. Auch im Lager der christlichen Arbeiterschaft seien manche Mißverständnisse zutage getreten. Er erörterte sodann die Schwierigkeiten, in welche die Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung im Laufe des Winters 1928/29 geraten sei und führte weiter aus, daß die württ. Regierung an den Entwurf mit der Grundeinstellung herangegangen sei, daß die gesetzliche Arbeitslosenversicherung gegenüber der früheren Erwerbslosenfürsorge einen wesentlichen Fortschritt im Interesse der Arbeitnehmer und der Wirtschaft bedeute, und daß sie deshalb zum Nutzen der schuldlos Arbeitslosen erhalten bleiben müsse. Die Regierung mußte aber auch der schwierigen Finanzlage des Reiches und ihrer Rückwirkung auf die Länder Rechnung tragen und die besondere Lage der württ. Wirtschaft berücksichtigen. Vom Standpunkt der letzteren aus mußte eine Erhöhung der Beitragsleistungen umso schwerer genommen werden, als Württemberg im Jahre 1928 aus den Beiträgen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer an die Reichsanstalt etwa 14,5 Millionen R.M. mehr einbezahlt hat, als an Unterstützung für Arbeitslose in Württemberg ausbezahlt worden ist. Trotz der hieraus sich ergebenden Bedenken und obwohl die Spitzenverbände der württ. Wirtschaft in einer Entschließung sich gegen eine Beitragserhöhung wandten, hat die württ. Regierung im Reichsrat einer befristeten Erhöhung der Beiträge um ein halbes Prozent zugestimmt. Sie hat sich aber gegen die Erhöhung um 1½ Prozent für das Saisongewerbe, in erster Linie Baugewerbe gewandt, weil sie hierin eine untragbare, von verderblichen Rückwirkungen auf die allgemeine Wirtschaftslage, insbesondere den Wohnungsbau begleitete Ueberbelastung erblicken mußte. Als trotzdem diese Sonderbelastung von einer Mehrheit des Reichsrats beschlossen wurde, hat die Regierung gegen das Gesetz gestimmt. Nicht weil sie kein Verständnis und kein Herz für die Arbeitslosen hätte, sondern weil dieser Weg der Abhilfe unmöglich erschien und andere Wege zur Verfügung standen. Die Angriffe, die wegen dieser Haltung von links her erhoben wurden, erscheinen umso ungerechtfertigter, als ja von sozialdemokratischer Seite selbst eine so weitgehende Erhöhung, ja überhaupt jede Erhöhung der Beiträge als untragbar bekämpft worden ist. Wir blieben bei unserer Stellungnahme auf dem Weg, den die Sachverständigenkommission gewiesen hatte, daß nämlich die Höhe der Arbeitslosenunterstützung in ein Verhältnis zur Dauer der Anwartschaft gebracht werden mußte. Die württ. Regierung beantragte in Anlehnung an den Vorschlag der Sachverständigenkommission die Kürzung der Unterstützungssätze nach der Dauer der Anwartschaft für die Lohnklassen 5—11. Man mag darüber streiten, ob die Einbeziehung der Lohnklassen 5 und 6 in diesen Antrag notwendig war; keinesfalls aber ist die Sozialdemokratie berechtigt, aus der Einbeziehung den Vorwurf der Arbeiterfeindlichkeit abzuleiten, denn der Vorschlag diente dem Ziele der Gesunderhaltung der Arbeitslosenversicherung. Ein jährlicher Fehlbetrag von rund 200 Millionen ist immer noch ungedeckt. Das Schicksal der Arbeitslosenversicherung ist damit aufs schwerste gefährdet. Schuld daran trägt gewiß nicht ein Standpunkt, wie ihn die württ. Regierung eingenommen hat, sondern die Haltung der Parteien im Reichstag, unter denen neben der Deutschen Volkspartei gerade die Sozialdemokratie zu nennen ist. Diese hat gegen den Standpunkt ihrer eigenen Minister in der Regierung sich gewendet und den Versuch einer Sanierung der Reichsanstalt verhindert. Zum Schluß kam Minister Beyerle noch auf die produktive Erwerbslosenfürsorge zu sprechen. Das Wirtschaftsministerium habe sich über die werteschaffende Erwerbslosenfürsorge im kommenden Winter ernste Gedanken gemacht. Im Etat stehen noch vollkommen ausreichende Mittel für die verstärkte Förderung der Notstandsarbeiten durch das Land. Aber die Grundlagen, zu denen die Zuschüsse des Landes treten sollen, fehlen noch: die Beiträge des Reiches. Im laufenden Etat des Reichs stehen nur unzureichende Mittel zur Verfügung. Die württ. Regierung werde alles tun, um die erforderlichen Mittel zu bekommen. An das Referat des Ministers, das lebhaften Beifall fand, schloß sich eine eingehende Aussprache an. Präsident Andre erklärte, die Ausführungen von Minister Beyerle hätten beruhigend gewirkt. Dem Standpunkt der Regierung trete er im wesentlichen bei.

Bayern und das Volksbegehren.

München, 21. Okt. Ein den Befürwortern des Volksbegehrens nahestehendes Münchener Blatt hatte die Frage gestellt, wie sich die bayr. Regierung zu der in Preußen gehandhabten Disziplinierung von Staatsbeamten und Staatsangestellten, die das Volksbegehren unterzeichnen, verhalten wird. Dazu äußert die „Bayerische Staatszeitung": „Die bayerische Staatsregierung hat nach Lage der Dinge noch gar keine Veranlassung gehabt, von sich aus zu der Frage Stellung zu nehmen. Wir glauben auch nicht, daß in maßgebenden bayerischen Stellen die Absicht besteht, in irgend einer Form aus der bisher geübten Reserve hervorzutreten. Es darf in diesem Zusammenhang noch bemerkt werden, daß die Entscheidungen des Reichsdisziplinarhofes für Bayern nicht maßgebend sind, da in disziplinarischen Angelegenheiten in Bayern der bayerische Disziplinargerichtshof selbst entscheidet.

Die Besatzungslast der Pfalz.

Speyer, 21. Okt. Wie wir erfahren, ist der vom französischen Kriegsministerium ausgesprochene Abmarschbefehl an das erste Pionierbataillon in Speyer zurückgenommen worden, so daß das Bataillon in Speyer verbleibt. Darüber hinaus verlautet, daß für das vor kurzem nach Frankreich abgerückte Infanterie-Bataillon ein von einer anderen Garnison weggezogenes nach Speyer verlegt wird. Aus Landau kommt ein ähnliches, noch unbestätigtes Gerücht.

6000 französische Rekruten kommen in die Pfalz.

Landau, 21. Okt. In den pfälzischen Garnisonstädten Landau, Germersheim, Neustadt a. d. H. und Kaiserslautern sollen in den nächsten Tagen 6000 junge französische Rekruten eintreffen, die die in einzelnen Städten verminderte Stärke der französischen Besatzungsregimenter auffrischen sollen. Auf Erkundigung an den zuständigen amtlichen Stellen wurde erklärt, daß diese Information aller Wahrscheinlichkeit nach den Tatsachen entspreche. Soviel dort bekannt ist, dürfte Landau mit etwa 1000 Mann neu belegt werden. Der Rest der frischen Truppen werde sich auf die übrigen genannten Garnisonstädte

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

verteilen. An zuständiger Stelle sei man allerdings nicht in der Lage, die Richtigkeit des Gemeldeten positiv zu bestätigen. Wir bringen die Meldung, deren Richtigkeit kaum mehr anzuzweifeln ist, mit dem von den amtlichen Stellen gemachten Vorbehalt. Besonders eigentümlich muß berühren, daß die Franzosen in dem Zeitraum bis zum 30. Juni nächsten Jahres, dem vorgesehenen amtlichen Räumungstermin, Rekruten in der Pfalz ausbilden wollen.

Stadtkämmerer Lange beantragt gegen sich ein Disziplinarverfahren.

Berlin, 21. Okt. Das Nachrichtenamt der Stadt Berlin teilt mit: Es sind in den letzten Tagen in den verschiedenen Zeitungen Vorwürfe gegen den Stadtkämmerer Dr. Lange erhoben worden, in der Richtung, daß er es in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Verwaltungsrates der Berliner Stadtbank an der nötigen Aufsicht habe fehlen lassen und dadurch für den Schaden, der durch die Betrügereien der Gebrüder Sklarek erwachsen ist, mitverantwortlich sei. Der Stadtkämmerer hat deshalb gegen sich selbst die Eröffnung des Disziplinarverfahrens beantragt, damit ihm auf diese Weise die Möglichkeit gegeben ist, sich gegenüber diesen Vorwürfen zu rechtfertigen.

Eine Folge des Sklarekskandals.

Berlin, 21. Okt. Der Sklarekskandal hat jetzt dazu geführt, daß der Leiter der Berliner Anschaffungsgesellschaft, der volksparteiliche Oberwagistratsrat und Stadtverordnete Schalldach, gegen den deutschnationalen Stadtverordneten Merckel Strafanzeige wegen öffentlicher Beleidigung hat stellen lassen. Stadtverordneter Merckel hat eine Broschüre, betitelt: „Die Sklarek und ihre Helfer" veröffentlicht, in der der jetzige Leiter der Anschaffungsgesellschaft genannt und mit den Vorgängen bei dieser städtischen Gesellschaft in Zusammenhang gebracht wird, die sich vor seiner Amtszeit noch unter der früheren Direktion Kieburg abgespielt haben.

Großfeuer im Süden Berlins.

Berlin, 21. Okt. Gegen ½7 Uhr brach im Dachgeschoß eines Fabrikgebäudes im Süden der Stadt, das sich in unmittelbarer Nähe des Kaufhauses Karstadt und einem großen Filmtheater befindet, ein großer Brand aus. Polizei sperrte die Straßen ab. Polizeipräsident Zörgiebel erschien persönlich an der Brandstelle. Das Feuer war im fünften Geschoß ausgebrochen, in dem sich die Lagerräume einer Matratzenfabrik, außerdem Lagerräume für Dekorationsgegenstände verschiedener Firmen und die Räume der Maschinen-G. m. b. H. befinden. Die Feuerwehr bekämpfte den Brand mit 14 Schlauchleitungen, doch konnte sie bis 8 Uhr abends an den eigentlichen Brandherd noch nicht herankommen, da das gesamte Dachgeschoß völlig in Flammen und Qualm gehüllt ist. Sowohl von den umliegenden Dächern, wie von drei mechanischen Leitern aus wurde Wasser in den Brandherd gespritzt. Die Gefahr für das Gebäude ist jedoch in keiner Weise behoben. Der stellvertretende Oberbranddirektor rechnet mit noch mehrstündiger Tätigkeit der Feuerwehr. Er hatte für 9 Uhr Ablösung wegen Ueberanstrengung der Mannschaften angeordnet. Die umliegenden Straßen bilden ein dichtes Menschenmeer. Der Verkehr ist völlig abgeriegelt und wird umgeleitet.

Flucht des Berliner Notars Dr. Aron.

Berlin, 21. Okt. Rechtsanwalt und Notar Dr. Siegfried Aron, der seit einigen Tagen mit seiner Frau Sophie geb. Grunwald aus Berlin verschwunden ist, hat in einem hinterlassenen Brief mitgeteilt, daß er wegen beruflicher Verfehlungen mit seiner Frau außerhalb Berlins Selbstmord verüben wolle. Es soll sich hauptsächlich um die Hinterlegung für eine Vormundschaft oder Pflegschaft handeln. Die Ursache dafür, daß dieser viel beschäftigte Notar und Anwalt auf die schiefe Ebene gekommen ist, soll darin liegen, daß er private Geschäfte und zwar die Vermittlung von Kommunalanleihen vorgenommen hat. An den Verfehlungen des Notars Aron soll auch sein Aufwand schuld sein. Aron soll ziemlich hoch gespielt haben, wobei ihm das Glück nicht immer hold gewesen ist. Aron hat vor seiner Abreise ein Schreiben an Rechtsanwalt Dr. Alsberg gerichtet, in dem er ihn bittet, seine Vertretung zu übernehmen. In diesem Schreiben gibt Dr. Aron die Höhe seiner Verbindlichkeiten selbst auf zwei Millionen Mark an.

Waldenburg aufs neue finanziell schwer geschädigt.

Waldenburg, 21. Okt. Durch die plötzliche Flucht des Berliner Justizrats Aron ist, wie sich jetzt herausgestellt hat, die Stadt Waldenburg schwer geschädigt worden. Dr. Aron gab gegen Hinterlegung von 1,86 Millionen R.M. Frankfurter Obligationspapiere der Stadt Waldenburg seinerseits einen Lombard von einer Millionen R.M. Die Stadt hatte sich inzwischen von der Frankfurter Pfandbriefbank die Summe von einer Million Mark beschafft. Dieses Geld sollte an Justizrat Dr. Aron gezahlt werden, wofür er die bei ihm liegenden Obligationspapiere am heutigen Montag herausgeben wollte. Dieser Verpflichtung hat sich Dr. Aron jetzt durch die Flucht entzogen. Die Stadt ist voraussichtlich um 600 000 Mark geschädigt worden.

Die Unterschlagungen des Notars Dr. Aron.

Wie hoch sich die von dem flüchtigen Notar Dr. Aron veruntreuten Beträge sind, läßt sich auch jetzt noch nicht ahnen. Die Bücherfachverständigen haben ihre umfangreichen Prüfungen noch nicht abgeschlossen. Fest steht jedoch, daß Aron selbst in einem Schreiben an einen seiner Kollegen die Summe der Unterschlagungen auf 2 Millionen Mark beziffert. Heute wird seitens der Staatsanwaltschaft gegen Dr. Aron ein Steckbrief erlassen werden. Dem „Lokalanzeiger" zufolge sind bei der Kriminalpolizei inzwischen schon Ansprüche an Dr. Aron geltend gemacht worden, die sich auf 5 400 000 Mark belaufen. Diese Summe setzt sich zusammen aus 1 800 000 Mark, die von der Stadt Waldenburg bei Aron hinterlegt worden sind, und einer Pflegschaft in Höhe von 3 600 000 Mark, die Dr. Aron als Notar verwaltete.

Der Vertrag des Reiches mit dem Schwedentrust unterzeichnet.

Berlin, 21. Okt. Im Reichsfinanzministerium wurde heute der Anleihevertrag zwischen dem Deutschen Reich und dem Zündholztrust vom Reichsfinanzminister Dr. Hilferding und Ivar Kreuger unterzeichnet. Das Reich erhält für die Dauer von 50 Jahren eine sechsprozentige Anleihe von 125 Millionen Dollar, die ohne jegliche Spesen mit 93 Prozent ausbezahlt werden, so daß der Reinerlös der Anleihe sich auf rund 488 Millionen Mark beläuft.

Die Tilgung der Anleihe beginnt nach Ablauf von zehn Jahren und erstreckt sich auf 41 Jahre. Das Deutsche Reich ist berechtigt, bei Verbilligung des Geldes nach zehn Jahren eine Herabsetzung des Zinsfußes zu verlangen oder die Anleihe vorzeitig zurückzuzahlen. Der Schweden-Trust kann nach einer Reihe von Jahren die vom Deutschen Reich ausgehändigten Schuldverschreibungen auflegen oder in beschränktem Umfange verkaufen. Das Deutsche Reich verpflichtet sich, die deutsche Zündholzwirtschaft, an der Ivar Kreuger als Besitzer des größten Teiles aller deutschen Zündholzfabriken — 35 zu 65 — stark interessiert ist, zu reorganisieren. Die unter Kontrolle des Reiches gegründete Deutsche Zündholzverkaufs-A.G. erhält das alleinige Recht zum Verkauf, sowie zum Import und Export von Zündhölzern. Sämtliche deutschen Zündholzfabriken einschließlich der bisherigen Außenseiter und der Fabriken der Konsumvereine treten der Monopolgesellschaft bei. Von den elf zu ernennenden Aufsichtsratsmitgliedern werden sechs von der deutschen Seite und fünf von Schweden besetzt. Das Recht der Preisbestimmung wird auf die Reichsregierung übertragen. Der Höchstpreis für zehn Schachteln Zündhölzer wird in dem neuen Monopolgesetz auf 50 Pfennig festgesetzt gegen bisher 25. Der größte Teil des hieraus resultierenden Mehrerlöses kommt den deutschen Groß- und Einzelhändlern zugute. Die Fabrikanten erhalten keine höheren Preise. Preisveränderungen sind nur durch Gesetzesänderungen möglich. Den Aktionären der Verkaufs-A.G. ist eine Dividende von 8 Prozent auf das Aktienkapital von unverändert einer Million Reichsmark garantiert worden. Die Ueberschüsse der Verkaufs-A.G. werden zu gleichen Teilen zwischen dem Deutschen Reich und dem Schwedentrust aufgeteilt werden. Bei steigendem Konsum kann der Anteil des Schwedentrusts aus den Ueberschüssen, die zurzeit auf annähernd vier Millionen Mark veranschlagt werden, bis auf 25 Prozent vermindert werden. Außerdem gewährt die schwedische Gruppe der Deutschen Zündholz-Verkaufs-A.G. einen fünfzehnjährigen Betriebskredit von 5 Millionen zu 8 Prozent Zinsen, womit die Gesellschaft die wesentlich teuereren Bankkredite, die sie bisher in Anspruch nehmen mußte, ablösen kann. Abgesehen davon, daß die Interessen der Verbraucher durch das alleinige Preisbestimmungsrecht der deutschen Regierung geschützt sind, wird die Geschäftsführung der Zündholzverkaufs-A.G. fortlaufend durch Reichskommissare überwacht. Die günstige Anleihe, die den Fehlbetrag im außerordentlichen Haushalt des Reiches im wesentlichen deckt, wird als die wichtigste Voraussetzung für die kommende Finanzreform angesehen.

Do X fliegt mit 169 Personen.

Altenrhein, 21. Okt. Nachdem sich die Wetterlage heute vormittag unvermutet gebessert hat, konnte das Flugschiff Do X heute den bereits zweimal abgesagten großen Passagierrekordflug durchführen. Neben 30 Pressevertretern und Filmleuten beteiligten sich 120 Angehörige der Dornierwerft Altenrhein an dem Flug. Um 10.30 Uhr wurden die 150 Fluggäste zum Schiff gebracht, um in dem riesigen Rumpf Platz zu nehmen. Als Besatzung befanden sich einschließlich des Informationspersonals 19 Mann an Bord, sodaß insgesamt 169 Personen in dem Flugschiff Aufnahme gefunden hatten. Das Gewicht der gesamten Zuladung sowie das Abfluggewicht sind im Augenblick noch nicht bekannt. Weiterhin wurde für etwa sechs Stunden Betriebsstoff an Bord genommen. Wenige Minuten nach 11 Uhr, nachdem der Do X durch ein Motorboot in tieferes Wasser geschleppt worden war, wurden nacheinander die Motoren in Gang gesetzt. Innerhalb drei Minuten liefen sämtliche 12 Motoren. Darauf begannen die Rollmanöver, die etwa eine Viertelstunde dauerten. Um 11.25 Uhr nahm der Start seinen Anfang. Schon nach 72 Sekunden hob sich das schwerbelastete Flugboot normal vom Wasser ab und begann seinen Rekordflug, der etwa 40 Minuten dauerte und sich in etwa 350 Meter Höhe über dem ganzen Obersee von Konstanz bis Bregenz erstreckte. Um 11.57 Uhr traf der Do X wieder über Altenrhein ein. Nach einer eleganten Schleife über der Dornierwerft wurde zur Landung geschritten. Um 12.04 Uhr setzte die Maschine wieder auf dem Wasser auf. Der Flug war somit in glänzender Weise gelungen. Mit Ueberbelastung hätte eine Strecke von 1000 bis 1500 Km. zurückgelegt werden können. An Bord befand sich auch Maurice Dornier außerdem noch ein vierjähriger Junge, der allerdings nicht gewogen wurde, so daß eigentlich 170 Personen den Flug mitgemacht haben.

Stehen wir vor einer schicksalsschweren Zeitenwende?

Oeffentlicher Vortrag

Dienstag, 22. Okt., abends 7½ Uhr, im Gasthaus zur „Eintracht" in Neuenbürg.

Jedermann herzlich willkommen!

Eintritt frei!

Redner: Prediger Hans Schwarz.

Allen Auslandschwaben

dient die alteingeführte Wochenausgabe des Schwäbischen Merkur für das Ausland. Wenn Sie einen Ihnen verwandten, betreundeten oder bekannten Landsmann im Ausland haben, dann geben Sie dessen genaue Adresse dem Schwäbischen Merkur, Stuttgart, Königstraße 20, und es geht auch an ihn der

Gruß der Heimat!

Zu vermieten

ein leeres Zimmer, Neubau, in Birkenfeld.

Offerten befördert die Enztäler-Geschäftsstelle unter Nr. 100.

Kalender

eingetroffen!

Vetter vom Rhein, Der lustige Stuttgarter Bilderkalender, Lahrer hinkender Bote, Blumenschmidts Abreißkalender, sowie Abreißblöcke einzeln

empfiehlt

C. Meeh'sche Buchhandlung

Es können noch einige

Schülerinnen,

die das **Weißzeugnähen** erlernen wollen, bei uns unterkommen. Beginn 1. Novbr.

Modehaus Joh. Kappler, Schömberg.

Obernhausen.

Eine gute

Nutz- und Fahrkuh,

36 Wochen trächtig, hat zu verkaufen

Hermann Wolfinger

Neue

Winterfahrpläne

empfiehlt

C. Meeh'sche Buchdruckerei.

Zu verkaufen

ein schw. Küchenherd, so gut wie neu, mit Kupferschiff für 45 Mark.

Photo-Stadelmann, Birkenfeld.